



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	2
Dritthaftung des Rechtsanwalts	3
– Sachwalterhaftung	
– Inanspruchnahme persönlichen Vertrauens	
– Anmerkung	
(BGH Ur.t.v. 11. 7.1988 – II ZR 232/87)	
Verjährung des Schadenersatzanspruchs § 68 StBerG	5
– Fehlgeschlagene Kapitalanlage	
– Verjährungsbeginn	
– Anmerkung	
(OLG Köln Ur.t.v. 19. 9.1988 – 8 U 13/88)	
Verjährung von Schadenersatzansprüchen § 68 StBerG	14
– Verjährungsbeginn: Zahlung vermeidbarer Steuern	
– Betriebsprüfung	
– Anmerkung	
(LG Heidelberg Ur.t.v. 21. 9.1988 – 3 O 65/88)	
Haftung des Steuerberaters	17
– Geldbuße des Mandanten	
– Anmerkung	
(AG Euskirchen Ur.t.v. 20. 8.1987 – 4 C 227/87)	
GI Hinweis	19

GI Leitsätze

Abfindungsvergleich / Erstattungsfähigkeit der Anwaltskosten

1. Wird in einer Abfindungserklärung nur der Abfindungsbetrag eingesetzt und die Spalte „Rechtsanwaltskosten“ offengelassen, so ist der Anspruchsteller dafür beweispflichtig, daß entgegen dem Inhalt der Abfindungserklärung auch die Kosten seines Anwaltes gezahlt werden sollten.
2. Es besteht keine Aufklärungspflicht des Sachbearbeiters der Berufs-Haftpflichtversicherung, daß in der Abfindungssumme die Rechtsanwaltskosten enthalten sein sollen.

(LG Darmstadt Ur. v. 8.1.1987 – 10 O 245/86)

Haftung des Steuerberaters / Bewertung von Grundstücken

Es ist nicht Aufgabe des Steuerberaters, die Werthaltigkeit der Bewertung von Grundstücken eines Bauträgerunternehmens zu prüfen. Der Steuerberater darf sich vielmehr auf die ihm bekanntgegebene Bewertung der Grundstücke durch fachkundige Mitarbeiter des Mandanten verlassen.

(LG Dortmund Ur. v. 17.12.1987 – 2 O 60/87)

Beschlagnahme von Mandantenunterlagen

Belege, Grundaufzeichnungen und Buchhaltungsunterlagen, die aus der betrieblichen Sphäre des Beschuldigten stammen und einem Steuerberater zur Bearbeitung oder zur Verwahrung übergeben worden sind, sind im Sinne § 97 StPO beschlagnahmefähig.

(LG Hildesheim Beschl. v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88)

Berufshaftpflichtversicherung des Steuerberaters / Zur Bindungswirkung des Haftpflichturteils im Deckungsprozeß

Ergeht in einem ohne Beteiligung des Versicherers geführten Rechtsstreit ein rechtskräftiges Versäumnisurteil gegen den Versicherungsnehmer, so ist dies für den Deckungsprozeß bindend. Zur Feststellung des schadenstiftenden Verhaltens des Versicherungsnehmers und des eingetretenen Schadens ist auf die Klageschrift im Haftpflichtprozeß zurückzugreifen.

(LG Köln Beschl. v. 25.6.1987 – 24 O 154/87; vgl. ebenso OLG Hamm VersR 1987, 802; BGH VersR 1963, 421; anderer Ansicht LG Hamburg GI 1986, 39)

Verjährung von Prospekthaftungsansprüchen

Die sechsmonatige Verjährungsfrist für Prospekthaftungsansprüche beginnt bereits nach Kenntniserlangung von Fehlern bzw. Mängeln des Prospekts in einem nicht unerheblichen Punkt. Der Bundesgerichtshof (NJW 1982, 1514 ff.) verlangt für den Verjährungsbeginn nicht zusätzliche eine Kenntnis von einem dadurch eingetretenen Schaden.

(LG München I Ur. v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84)

Anmerkung: Das LG München weist darauf hin, daß der Bundesgerichtshof ein spekulatives Abwarteverhalten des Anlegers verhindern möchte. Sobald er Kenntnis von einem Mangel des Prospektes erhalten hat, soll er sich entscheiden, ob er daraus – ggf. Zug um Zug gegen Verzicht seiner Gesellschafterrechte – Schadenersatzansprüche beanspruchen will.

Fehlerhafte Prospektangaben sind erfahrungsgemäß – so LG München I – nur eine erste Ursache für eine u. U. lange Ursachenkette, die erst im Zusammenwirken zum endgültigen Verlust des Anlagevermögens führen können. Der Verjährungsbeginn vor Kenntnis eines Schadens dient der allgemeinen Rechtssicherheit und soll Unsicherheiten bei der späteren Ermittlung des tatsächlichen Hergangs und der Kausalität verhindern.

Dritthaftung des Rechtsanwaltes

- Sachwalterhaftung
- Inanspruchnahme persönlichen Vertrauens
- Anmerkung

(BGH Ur. v. 11.7.1988 – II ZR 232/87 – BB 1988, 1992)

Leitsatz (amtl.):

Zieht eine Partei bei Vertragsverhandlungen zu ihrer Beratung einen Rechtsanwalt ihres Vertrauens heran, so begründet dies ohne Hinzutreten besonderer Umstände auch dann keine persönliche Haftung des Rechtsanwaltes für die Richtigkeit der bei dieser Gelegenheit abgegebenen Parteierklärungen aus dem Gesichtspunkt des Verschuldens bei Vertragsschluß, wenn er bei der abschließenden Fixierung des Verhandlungsergebnisses mitwirkt.

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Teilnahme eines Rechtsanwaltes bei Verhandlungen begründet nicht allein einen Vertrauenstatbestand in die Richtigkeit der von dem Mandanten des Anwaltes abgegebenen Erklärungen.
2. Das Vertrauen auf die Richtigkeit von Erklärungen stützt sich auf die Person des Erklärenden und nicht auf die des „Vertragsformulierers“.

Aus den Gründen:

Als **Sachwalter** bezeichnet die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes denjenigen, der weder Vertragspartner noch dessen Vertreter ist, der aber dennoch für die schuldhaft Verletzung vorvertraglicher Aufklärungspflichten ausnahmsweise persönlich einzustehen hat, weil er auf der Seite des Vertragspartners an dem Zustandekommen des Vertragsschlusses beteiligt ist und dabei über das bei der Anbahnung von Geschäftsbeziehungen immer vorauszusetzende normale Verhandlungsvertrauen in besonderem Maße Vertrauen für sich persönlich in Anspruch nimmt und dadurch dem anderen Verhandlungspartner eine zusätzliche, gerade von ihm persönlich ausgehende Gewähr für Bestand und Erfüllung des in Aussicht genommenen Rechtsgeschäfts bietet (so vor allem BGHZ 56, 81; vgl. ferner BGHZ 63, 382; BGHZ 70, 337; Sen. Ur. v. 9.10.1986 – II ZR 241/85, WM 1987, 77, 78). Eine weitergehende begriffliche Definition des Sachwalters ist auch aus der Entscheidung des erkennenden Senats vom 22.5.1980 (BGHZ 77, 172, 175), auf die das Berufungsgericht seine rechtliche Fallbehandlung in erster Linie stützt, nicht zu entnehmen. Die

Entscheidung befaßt sich zuvörderst mit der Prospekthaftung des Rechtsanwalts und knüpft dabei an Besonderheiten von Publikumsgesellschaften an, die im vorliegenden Fall von vornherein nicht gegeben sind. Soweit der Senat ergänzend auf die Möglichkeit einer Sachwalterhaftung hinweist, macht bereits die Bezugnahme auf die bis dahin ergangene Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes deutlich, daß eine Erweiterung der Haftungsvoraussetzungen des Sachwalters aus diesem Urteil nicht hergeleitet werden kann.

Die Feststellungen des Bundesgerichts lassen weder erkennen, daß der Beklagte zu 2 das danach für seine Haftung als Sachwalter erforderliche besondere Vertrauen für sich in Anspruch genommen, noch daß es ihm der Kläger entgegengebracht hat. Das Berufungsgericht führt in tatsächlicher Hinsicht lediglich aus, der Beklagte zu 2 habe an den Vertragsverhandlungen zwischen dem Kläger und dem früheren Beklagten zu 1 auf dessen Seite teilgenommen und die von den Parteien in den Vertrag aufgenommene Erklärung über den Unternehmenswert formuliert. Dies reicht zur Begründung einer persönlichen Haftung des Beklagten zu 2 nicht aus. Daß der Beklagte zu 2 Rechtsanwalt ist und die Erklärung über den Unternehmenswert bei Abfassung des Vertrages formuliert hat, berechtigte den Kläger nicht zu der Annahme, der Beklagte zu 2 nehme für sich besonderes Vertrauen in Anspruch und wolle dem Kläger eine zusätzliche persönliche Gewähr für die Richtigkeit dieser Angabe bieten. **Zieht eine Partei bei Vertragsverhandlungen zu ihrer Beratung einen Rechtsanwalt ihres Vertrauens heran, so begründet dies ohne Hinzutreten besonderer Umstände, die vom Berufungsgericht nicht festgestellt werden, auch dann keine persönliche Haftung des Rechtsanwalts für die bei dieser Gelegenheit abgegebenen Parteierklärungen, wenn er bei der abschließenden Fixierung des Verhandlungsergebnisses mitwirkt. Dies gilt zumal dann, wenn sich auch die Gegenseite anwaltlichen Beistandes versichert. Die Annahme, ein Rechtsanwalt sei allein aufgrund des von ihm ausgeübten Berufes eine Vertrauensperson, die für die Erklärungen der von ihr beratenen Partei unter allen Umständen geradestehen wolle, findet im geltenden Recht keine Stütze.**

Nicht haltbar ist es ferner, wenn das Berufungsgericht aus dem Umstand, daß der Kläger die Vorlage der Bilanz 1983 nicht verlangt hat, den Schluß ziehen will, er habe auf die Richtigkeit der Angaben über den Unternehmenswert vor allem deshalb vertraut, weil sie von dem Beklagten zu 2 und damit von einem Rechtsanwalt formuliert waren. Aus dem Fehlen des Verlangens nach Vorlage der Bilanz läßt sich allenfalls folgern, daß der Kläger überhaupt auf die ihm in der Vereinbarung gemachten Angaben vertraut hat, nicht aber, daß dieses Vertrauen darauf beruhte, daß die

Angaben gerade von dem Beklagten zu 2 formuliert worden waren. **Es gibt keinen Erfahrungssatz, wonach eine Vertragspartei allgemein auf eine in einen Vertragstext aufgenommene Parteierklärung vor allem deshalb vertraue, weil die Formulierung dieser Erklärung von einem Rechtsanwalt vorgenommen wird.** Das Vertrauen in die sachliche Richtigkeit einer Angabe stützt sich vielmehr im allgemeinen auf die Person desjenigen, von dem sie stammt und nicht desjenigen, der sie formuliert.

Anmerkung:

Das Urteil spiegelt die bisherige Rechtsprechung des BGH wieder: BGH BB 1967, 226 = DB 1967, 281 = WM 1967, 1221; WM 1983, 950 = BGHZ 88, 69; WM 1984, 128, 889; Lang WM 1988, 1003.

Verjährung des Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG

- Fehlgeschlagene Kapitalanlage
- Verjährungsbeginn
- Anmerkung

(OLG Köln Urt. v. 19. 9. 1988 – 8 U 13/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Tritt mit der Einzahlung des Anlagebetrages eine konkrete Gefährdung des eingesetzten Kapitals ein, beginnt in diesem Zeitpunkt die Verjährung des Regreßanspruchs gegen den Steuerberater. Dies gilt insbesondere bei Konzeptionsfehlern oder einer Vertragsgestaltung, die Möglichkeiten zum Mißbrauch eröffnet.
2. Der sekundäre Schadenersatzanspruch wegen unterlassener Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten und den Lauf der Verjährung von Schadenersatzansprüchen beginnt mit Ablauf der Verjährungsfrist des Primäranspruchs.
3. Die Belehrungspflicht des Steuerberaters kann entfallen, wenn der Mandant auf andere Weise Kenntnis vom Fehler des Steuerberaters erhält.
4. Fehlt eine Belehrung über die Verjährungsfrist des § 68 StBerG, tritt die Verjährung des Sekundäranspruchs bei wirtschaftlich erfahrenen Personen entsprechend § 852 BGB 3 Jahre nach Kenntnis des Mandanten vom Schaden und der Person des Ersatzverpflichteten ein. Zahnärzte sind als wirtschaftlich erfahrene Person anzusehen.

Aus den Gründen:

Die Verjährung des geltend gemachten Anspruchs richtet sich, wie das Landgericht zutreffend angenommen hat, nach § 68 StBerG. Nach dem Sachvortrag des Klägers, von dem hier insoweit auszugehen ist, erfolgte die Anlageempfehlung jeweils anlässlich turnusmäßiger Besprechungstermine im Rahmen des Steuerberatungsverhältnisses. Die Empfehlung stand danach in einem untrennbaren Zusammenhang mit der Besorgung der steuerlichen Angelegenheiten des Klägers; dies genügt für die Anwendbarkeit von § 68 StBerG (vgl. BGH NJW 1982, 1866 f = GI 14/82).

Anlageempfehlungen gehören zudem nicht nur unter den Gesichtspunkt der Prüfung steuerlicher Fragen, hier: der Verminderung der Steuerlast, sondern nach § 57 Abs. 3 Ziff. 3 StBerG auch unter den der **Wirtschaftsberatung** zu den dem **Berufsbild eines Steuerberaters** entsprechenden Tätigkeiten. Daß der Beklagte von der Vertriebsfirma Provisionen entgegengenommen hat, ist in diesem Zusammenhang aus den vom Landgericht angeführten Gründen, auf die Bezug genommen wird und denen der Senat folgt, ohne Belang.

Ein Schadenersatzanspruch gegen einen Steuerberater wegen einer schuldhaften Pflichtverletzung verjährt gemäß § 68 StBerG in drei Jahren seit Entstehung des Anspruchs.

Entscheidend dafür, ob ein Schadenersatzanspruch bereits entstanden ist und damit die Verjährungsfrist in Gang gesetzt wird, ist, wie das Landgericht in Übereinstimmung mit der höchstrichterlichen Rechtsprechung dargelegt hat, inwieweit der Berechtigte in der Lage gewesen wäre, den Anspruch gerichtlich geltend zu machen. Hierfür genügt regelmäßig die Möglichkeit, Feststellungsklage zu erheben. Unkenntnis des Schadens und damit des Anspruchs hindern den Beginn der Verjährungsfrist grundsätzlich nicht (vgl. BGHZ 73, 363, 365 = NJW 1979, 1550; BGHZ 83, 17, 19 = NJW 1982, 1285 f = GI 8/82 = ZiP 1982 m. Anm. Gräfe; BGH NJW 1982, 1288; BGHZ 96, 290, 294 = NJW 1986, 1152 = GI 1986, 27 = EWiR § 68 StBerG 1/86, 297 Gräfe; BGH NJW-RR 1986, 649 = GI 1986, 59; BGH NJW-RR 1987, 86).

In Übereinstimmung mit dem Landgericht ist der Senat der Auffassung, daß ein im Wege der **Feststellungsklage** geltend zu machender Schaden **spätestens bei Einzahlung der Einlagen** Ende Dezember 1978 (bezüglich EC-T.) bzw. Juni/Juli 1980 (bezüglich EC-M.) gegeben war.

Schon von diesem Zeitpunkt an bestand eine schadensgleiche **konkrete Gefährdung des eingesetzten Kapitals**; dies genügte, um mit Aussicht auf Erfolg eine Feststellungsklage erheben zu können (vgl. BGHZ 83, 328,

333 = NJW 1982, 1866 f. = GI 14/82; OLG Stuttgart VersR 1980, 54 f.). Bereits von der Konzeption her waren die Beteiligungsprojekte mit so erheblichen Risiken behaftet, daß von vorneherein keine realistische Aussicht bestand, sie würden ohne Schaden für die Anleger abgewickelt werden können. Dies gilt in steuerrechtlicher wie in wirtschaftlicher Hinsicht, ferner aber auch für die dem Mißbrauch Tür und Tor öffnende Vertragsgestaltung.

Steuerrechtlich waren die Projekte, wie der Kläger selbst unter Hinweis auf die Berichte des Finanzamts D. vom 12. 7. 1982 (betreffend EC-T.) und vom 7. 12. 1983 (betreffend EC-M.) im einzelnen dargelegt hat, nicht anerkennungsfähig. Dies war nach Bekanntwerden der Entscheidung des Finanzgerichts M. vom 29. 5. 1978, die einen gleichgelagerten Fall betraf, auch erkennbar. Damit war aber ein ganz wesentlicher Zweck der Beteiligung, nämlich die Steuerersparnis durch Verlustzuweisungen, zumindest erheblich gefährdet.

Was die **unternehmerische Seite** angeht, so hat der Kläger selbst vortragen, daß das Konzept auch insofern völlig utopisch war, da die Pächterin die von ihr an die Grundstücksgemeinschaft zu leistenden Zahlungen unmöglich erwirtschaften konnte. Der Kläger hatte mithin kurz nach seinem Beitritt durch Leistung des Baranteils seiner Einlagen und durch Übernahme der Darlehensverpflichtung gegenüber den drittfinanzierenden Banken sein Vermögen gemindert, ohne daß mit einer der Planung gemäßen Kompensation dieser Vermögenseinbuße durch Barausschüttungen und Steuerersparnisse gerechnet werden konnte.

Hinzu kommt, daß die **Ausgestaltung der Verträge** nach dem eigenen Vortrag des Klägers die Grundstücksgemeinschaften erheblich benachteiligte und der Treuhänderin und ihrem Gesellschafter-Geschäftsführer G. fast unbeschränkte Mißbrauchsmöglichkeiten eröffnete, von denen diese – wie die weitere Entwicklung gezeigt hat – auch Gebrauch gemacht haben. So sollte die Treuhänderin von Anfang an über die im Investitionsplan ausgewiesenen Finanzierungsmittel frei verfügen können, ohne daß zu diesem Zeitpunkt ein Kontrollorgan, das dies hätte überwachen können, existierte (vgl. § 1 Nr. 2 d Treuhandvertrag). Vom Verbot des Selbstkontrahierens hatte sie sich befreien lassen (vgl. die Vorbemerkung zum Treuhandvertrag). Mit der T., der S.-GmbH und der T. befanden sich die an der Durchführung des Projekts beteiligten und davon profitierenden juristischen Personen sämtlich in der Hand von Herrn G., so daß eine gegenseitige Kontrolle nicht stattfand und Vereinbarungen und Verfügungen zum Nachteil der Grundstücksgemeinschaft nahezu uneingeschränkt vorgenommen werden konnten.

Auch hierdurch gewinnt die Einzahlung der Einlagen und die Überantwortung des Kapitals an die Treuhänderin den Charakter einer konkreten Vermögensgefährdung, zumal etwaige Regreßansprüche gegen die Treuhänderin angesichts des Haftungsausschlusses für alle wirtschaftlichen, finanziellen, rechtlichen und steuerlichen Risiken des Projekts (vgl. § 3 Nr. 2 Treuhandvertrag), der Haftungsbegrenzung auf insgesamt DM 100.000,00 und der kurzen sechsmonatigen Verjährungsfrist (vgl. jeweils § 16 Gesellschaftsvertrag) nur wenig Aussicht auf erfolgreiche Durchsetzung hatten.

Die genannten Umstände – **die unhaltbaren wirtschaftlichen und steuerrechtlichen Prämissen des Projekts wie auch das Mißbrauchsrisiko – rechtfertigen mithin schon jeder für sich, erst recht aber in der gebotenen Gesamtschau, die Annahme einer schadensgleichen konkreten Gefährdung des vom Kläger eingesetzten Kapitals.**

Hiergegen kann auch nicht, wie dies die Berufung tut, eingewendet werden, es habe zum Zeitpunkt des Beitritts noch die Möglichkeit einer positiven Entwicklung bestanden, da ein Ausnutzen der bestehenden Mißbrauchsmöglichkeiten keineswegs sicher gewesen sei; eine Feststellungsklage habe daher nicht mit Aussicht auf Erfolg erhoben werden können. Dies widerspricht bereits dem eigenen Vorbringen des Klägers, die steuerrechtliche und wirtschaftliche Konzeption des Projekts sei a priori illusorisch und ihre Verwirklichung unmöglich gewesen.

Darüber hinaus verkennt dieser Einwand die rechtlichen Voraussetzungen, unter denen bei noch nicht eingetretenem Schaden eine Klage auf Feststellung der Schadenersatzpflicht erhoben werden kann. Hierfür ist nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes keineswegs erforderlich, daß der spätere Schadeneintritt sicher feststeht; es genügt vielmehr, wenn er nach der Lebenserfahrung und dem gewöhnlichen Lauf der Dinge mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist (vgl. BGHZ 4, 133 ff. = NJW 1952, 539; BGH NJW 1961, 1165 f.; BGH NJW 1972, 198; BGH NJW 1978, 544).

An einer konkreten Gefahr des Schadeneintritts in dem vorbezeichneten Sinne fehlte es daher hier nicht schon dann, wenn eine abweichende Entwicklung – hier: ein positiver Verlauf der Geschäfte der Grundstücksgemeinschaften einschließlich der steuerrechtlichen Anerkennung der Vertragskonstruktion – lediglich möglich, sondern nur, wenn sie zumindest überwiegend wahrscheinlich war.

Eine solche **überwiegende Wahrscheinlichkeit einer schadensfreien Abwicklung des Konzepts war jedoch** im vorliegenden Fall **zu keinem Zeitpunkt gegeben**; vielmehr war im Hinblick auf die unrealistische steuerrechtliche und wirtschaftliche Konzeption das Gegenteil praktisch sicher.

Der Kläger hätte daher bereits bei Zahlung der Einlagen im Dezember 1978 bzw. im Juni/Juli 1980 Feststellungsklage erheben können, so daß zu diesen Zeitpunkten der Lauf der Verjährungsfrist für die Ansprüche aus den vom Kläger behaupteten jeweiligen Beratungsfehlern begann. Da nach dem im Verjährungsrecht geltenden **Grundsatz der Schadeneinheit für alle Schadenfolgen eine einheitliche Verjährungsfrist gilt** (vgl. RGZ 83, 354, 360; BGH DB 1960, 667; BGHZ 50, 21, 24 = NJW 1968, 1324), trat die Verjährung gemäß § 68 StBerG bezüglich der Beteiligung an der Grundstücksgemeinschaft EC-T. im Dezember 1981 und bezüglich der Beteiligung am EC-M. im Juni/Juli 1983 ein.

Der Berufung auf Verjährung steht auch ein sog. sekundärer Schadenersatzanspruch vorliegend nicht entgegen.

Wie das Landgericht nicht verkannt hat, entsteht nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ein weiterer, **sog. sekundärer Ersatzanspruch**, falls es der Steuerberater schuldhaft unterläßt, den Mandanten vor Ablauf der Verjährung auf den gegen ihn bestehenden Anspruch und die drohende Verjährung hinzuweisen. Der steuerliche Berater, der schuldhaft die **Pflicht zur Belehrung des Mandanten über den von ihm, dem Berater, begangenen Fehler und über die Verjährung des daraus entstehenden (primären) Schadenersatzanspruchs verletzt**, macht sich erneut schadenersatzpflichtig; er hat daher nach § 249, S. 1 BGB den Mandanten so zu stellen, wie er stehen würde, wenn er richtig belehrt worden wäre. Da in diesem Fall nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge die Verjährungsfrist nicht versäumt worden wäre, geht der sekundäre Schadenersatzanspruch des Mandanten dahin, daß der Steuerberater gegenüber dem primären Schadenersatzanspruch die Einrede der Verjährung nicht erhebt; soweit dies dennoch geschieht, kann der sekundäre Schadenersatzanspruch der Einrede der Verjährung als Gegeneinwand entgegengesetzt werden (vgl. BGHZ 83, 17, 23 = GI 8/82 = NJW 1982, 1285; BGH NJW 1982, 2256 = GI 12/82; BGHZ 96, 290, 298 ff = NJW 1986, 1162 = GI 1986, 27; BGH NJW-RR 1986, 649 = GI 86, 63; BGH NJW-RR 1987, 86; ebenso die Rechtsprechung zum gleichgelagerten Problem bei der Anwaltshaftung, vgl. zuletzt BGH NJW 1985, 1151; BGHZ 94, 385 ff = NJW 1985, 2250; BGH NJW 1985, 2941 = GI 41/85; BGH NJW 1986, 581 = GI 44/85; BGH NJW 1987, 326; BGH NJW 1988, 265).

Auch der sekundäre Schadenersatzanspruch unterliegt jedoch der dreijährigen Verjährungsfrist des § 68 StBerG (vgl. BGH VersR 1977, 617; BGH NJW 1979, 264; BGH NJW 1984, 2204 = GI 13/84; BGHZ 94, 380, 389 = NJW 1985, 2250 = GI 32/85; BGH NJW 1985, 2941, 2943 = GI 41/85 = EWIR § 51 BRAO 1/85, 677 Gräfe; BGH NJW 1988, 265, jeweils zum

gleichgelagerten Problem bei der Anwaltshaftung). Diese Frist war, wie das Landgericht im Ergebnis zu Recht entschieden hat, bei Klageerhebung im Januar 1987 bereits abgelaufen, da sie spätestens im Moment der Verjährung des Primäranspruches, also noch Ende 1981 bzw. Mitte 1983, zu laufen begann.

Allerdings wird in Rechtsprechung und Schrifttum die Auffassung vertreten, die Verjährungsfrist für den sekundären Ersatzanspruch beginne grundsätzlich erst mit der Beendigung des Mandats – hier also Ende 1984 – zu laufen (so der früher für die Anwaltshaftung zuständige VI. Zivilsenat des BGH, NJW 1984, 2204 = GI 13/84, im Anschluß an Brandner AnwBl 1969, 386). Zur Begründung ist darauf hingewiesen worden, nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (vgl. BGH VersR 1975, 907; BGH VersR 1977, 617 f; BGH NJW 1979, 264; insoweit wohl auch noch BGHZ 94, 380, 390 f = NJW 1985, 2250 = GI 13/84) bestehe die Pflicht des Anwalts zu einer Belehrung über seine eigene Haftung und die dafür geltende Verjährungsfrist bis zur Beendigung des Mandats fort. Mit den dieser Rechtsprechung zugrundeliegenden Erwägungen sei es nicht zu vereinbaren, wenn der aus der Verletzung dieser Belehrungspflicht resultierende sekundäre Ersatzanspruch bei weiterbestehendem Mandat regelmäßig verjähre, ohne daß dem Mandanten inzwischen irgendeine Belehrung zuteil wurde.

Andere denken an die Möglichkeit, dem Mandanten wegen der unterlassenen Belehrung über den Sekundäranspruch einen „tertiären“ Schadenersatzanspruch zuzubilligen (vgl. Zimmermann NJW 1985, 720).

Demgegenüber hat der IX. Zivilsenat des BGH ausgeführt, die Verjährungsfrist für den Sekundäranspruch beginne spätestens mit der Vollendung der Verjährung des Primäranspruchs zu laufen; in dieser bestehe nämlich der Schadeneintritt, der die Entstehung des Anspruchs und damit den Fristbeginn bewirke (BGHZ 94, 380, 390 = NJW 1985, 2250 = GI 32/85; BGH NJW 1988, 265). Die gegenteilige Auffassung des VI. Zivilsenats hat der IX. Zivilsenat unter Hinweis darauf abgelehnt, daß ein weiteres Unterbleiben der Belehrung nicht mehr schadenursächlich werden könne, wenn der (Sekundär-) Schaden in Form der Verjährung des Primäranspruches bereits eingetreten sei (BGHZ 94, 380, 390 f = NJW 1985, 2250 = GI 32/85). Auch die Zubilligung eines Tertiäranspruches komme nicht in Betracht, da dies die gesetzliche Regelung des § 51 I. Alt. BRAO aushöhle (BGHZ 94, 380, 391 = NJW 1985, 2250 = GI 32/85).

Der Senat teilt die Auffassung des IX. Zivilsenates des BGH, **die Verjährung des Sekundäranspruches beginne spätestens mit Vollendung der Verjährung des primären Ersatzanspruches** – hier also Ende 1981 bzw. Juni/Juli

1983 –. Die Argumentation des IX. Zivilsenats überzeugt; angesichts der Übereinstimmungen in der Gesetzes- und Interessenlage kann die Entscheidung für den Anwendungsbereich des § 68 StBerG nicht anders ausfallen als bei § 51 BRAO. Spätestens ab Juli 1986 konnte sich der Beklagte wegen beider Beteiligungen daher auf Verjährung berufen.

Ein Fall des **Rechtsmißbrauches**, der einer Berufung auf die Verjährung des Primär- und Sekundäranspruchs gemäß § 242 BGB entgegenstehen könnte, liegt hier nicht vor.

Aber auch unter Zugrundelegung der abweichenden Meinungen ergibt sich im Ergebnis kein späterer Zeitpunkt des Verjährungseintritts.

In Anknüpfung an eine ständige Rechtsprechung, nach der die Belehrungspflicht des Anwalts bzw. Steuerberaters und damit auch der gegen ihn gerichtete Sekundäranspruch dann entfällt, wenn der Mandant inzwischen wegen der Regreßfrage durch einen anderen Anwalt oder Steuerberater beraten wird (vgl. BGH NJW 1982, 1288 f = GI 8/82; BGH NJW 1985, 1151 f = GI 19/85; OLG Frankfurt VersR 1979, 775 f), hat der VI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs in dem o. a. Urteil (NJW 1984, 2204 = GI 13/84) ausgesprochen, die **Belehrungspflicht könne auch dann entfallen, wenn der Mandant auf anderem Wege Kenntnis von einem Fehler des Anwalts und einem ihm aufgrund dieses Anwaltsfehlers entstehenden Schaden erhalte**. Daraus könne jedenfalls ein verständiger, im Geschäftsleben erfahrener Mandant den sicheren Schluß ziehen, daß der Anwalt, wenn er den Fehler zu vertreten hat, sich ihm gegenüber schadenersatzpflichtig gemacht habe. **Er bedürfe dann regelmäßig nur noch der Belehrung über die Strenge der Verjährungsregelung**, die darin liege, daß der Verjährungsbeginn unabhängig von der Kenntnis des Mandanten bereits mit Schadenentstehung eintrete und nicht, wie z. B. nach § 852 BGB, mit der Kenntnis des Anspruchsberechtigten vom Schaden und der Person des Verpflichteten (BGH a. a. O.). Der sekundäre Ersatzanspruch gegen den Rechtsanwalt könne danach auch dann innerhalb von 3 Jahren verjähren, wenn der Anwalt diese zusätzliche Belehrung unterlasse. Die Verjährung trete dann – jedenfalls gegenüber Personen, die Erfahrung im Wirtschaftsleben, im Versicherungswesen und mit Schadenregulierungen besitzen – allerdings entsprechend der Regelung des § 852 BGB erst 3 Jahre nach Kenntnis des Mandanten von dem Schaden, von den Umständen, aus denen sich seine Ersatzberechtigung ergibt, und von der Person des Ersatzpflichtigen ein. Denn spätestens nach Ablauf dieser Zeit müsse ein solcher Mandant mit dem Eintritt der Verjährung rechnen. Er bedürfe dann keines zusätzlichen Schutzes mehr durch eine gegen den Wortlaut des § 51 BRAO von der Rechtsprechung geschaffene anwaltliche Belehrungspflicht, wenn er nicht innerhalb dieser Zeit für eine Unter-

brechung der Verjährung Sorge. Der Einrede der Verjährung des sekundären Ersatzanspruches könne dann kein weiterer Schadenersatzanspruch mehr entgegengehalten werden, weil ein solcher nicht mehr entstehen könne, sobald der Mandant nicht mehr belehrungsbedürftig und die Belehrungspflicht des Anwalts demnach beendet sei.

Diese für den Rechtsanwalt entwickelten Grundsätze sind auf das Steuerberatungsverhältnis ebenfalls anwendbar. Der Senat hat auch keine Bedenken, den Kläger, der von Beruf **Zahnarzt** ist, den in der Entscheidung des Bundesgerichtshofs erwähnten **Personen, die Erfahrung im Wirtschaftsleben, im Versicherungswesen und mit Schadenregulierungen besitzen**, gleichzustellen.

Ihm mußte die Problematik kurzer Verjährungsfristen schon deswegen bekannt sein, weil die Forderungen von Zahnärzten gegenüber ihren Patienten nach §196 Nr. 14 BGB einer ähnlich kurzen Verjährung unterliegen. Es erscheint daher gerechtfertigt davon auszugehen, daß der Kläger spätestens nach Ablauf von drei Jahren nach der Kenntniserlangung von den oben genannten Umständen mit dem Eintritt der Verjährung rechnen mußte.

Diese Kenntnis hat der Kläger bis zur Jahresmitte 1983, jedenfalls mehr als drei Jahre vor der am 14.1.1987 erfolgten Klageeinreichung, erworben. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich beide Grundstücksgemeinschaften in Liquidation (EC-T. seit 20.11.1982, EC-M. seit 12.6.1982); die Eislaufcenter waren gar nicht erst errichtet (EC-M.) bzw. deutlich unter den Herstellungskosten versteigert worden (EC-T. am 22.2.1983).

Die Gesellschaften mbH T., T. und S. waren nach Ablehnung bzw. Einstellung der Konkursverfahren mangels Masse aufgelöst. Der Kläger wußte daher, daß seine Einlagen verloren waren und ein Schaden damit eingetreten war.

Er wußte aber auch, daß dieser Schaden – sein eigenes Vorbringen über die Vorgeschichte seiner Beteiligung an den Eislaufcentern als richtig unterstellt – auf eine Pflichtverletzung des Beklagten zurückging. Dies ergibt sich zunächst daraus, daß bei der Gesellschafterversammlung der Grundstücksgemeinschaft EC-T. vom 26.5.1982 auch über Prospekthaftungsansprüche u.a. gegen die Banken und die kurze Verjährung dieser Ansprüche gesprochen wurde. Dies setzt voraus, daß sich die Beteiligten über die Fehlerhaftigkeit des Konzepts – die sich nach der bisherigen Entwicklung ohnehin aufdrängte – im klaren waren. Dem Kläger als einer im Geschäftsleben erfahrenen Person mußte sich daraufhin ebenfalls die Überlegung aufdrängen, daß sein Steuerberater für die Nichtaufklärung über diese Umstände ebenso haftbar zu machen war wie die Banken.

Selbst wenn aber der Kläger diese Schlußfolgerung nicht gezogen haben sollte, wäre dies für den Verjährungsbeginn in entsprechender Anwendung des § 852 BGB unschädlich: Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs setzt die erforderliche Kenntnis der anspruchsbegründenden Umstände i. S. dieser Vorschrift lediglich voraus, daß der Geschädigte alle Tatsachen kennt, die bei richtiger Verknüpfung und rechtlicher Subsumtion die Feststellung von Ersatzpflicht und -verpflichtetem erlauben; daß der Geschädigte die ihm bekannten Informationen tatsächlich richtig miteinander verknüpft und richtig rechtlich subsumiert hat, verlangt § 852 BGB für die Kenntnis von Schaden und Schädiger nicht (vgl. BGH NJW 1960, 380 f; BGH NJW 1984, 661; BGH NJW-RR 1988, 411 f). Daß der Kläger die tatsächlichen Umstände kannte, aus denen sich die Fehlerhaftigkeit des Konzepts ergab, genügt mithin für den Verjährungsbeginn auch dann, wenn er daraus den Schluß auf einen Beratungsfehler des Beklagten nicht zog.

Eine für die entsprechende Anwendung des § 852 BGB genügende Kenntnis von der Ersatzpflicht des Beklagten erlangte der Kläger auch durch die im November 1982 erhaltene Mitteilung des Beklagten, dieser habe Provisionen für die Vermittlung seiner, des Klägers, Beteiligung an den Grundstücksgemeinschaften entgegengenommen. Dies war pflichtwidrig (vgl. BGHZ 78, 263, 268 = NJW 1987, 399; BGHZ 95, 81, 84 ff = NJW 1985, 2523) und begründete auch unabhängig von einem Beratungsfehler bereits die Schadenersatzpflicht des Beklagten für die aus den Beteiligungen entstandenen Schäden (vgl. BGH NJW-RR 1987, 1381 = BB 1987, 1418 = GI 1987, 117). Ob der Kläger aus der erhaltenen Information diese Schlußfolgerung auch tatsächlich gezogen hat, ist nach dem oben Gesagten ohne Bedeutung.

Dem Kläger waren mithin zur Jahresmitte 1983 die seinen Ersatzanspruch gegen den Beklagten begründenden Umstände bekannt, so daß der Beklagte sich auch unter diesem Blickwinkel nach Ablauf weiterer drei Jahre, d. h. ab Mitte 1986, auf die Verjährung des Primäranspruches berufen konnte.

Anmerkung:

Die Entscheidung entspricht in der Frage des Verjährungsbeginns dem Urteil des OLG Koblenz GI 1987, 45, das auch die Beteiligung an einem Eislaufcenter betraf.

Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 68 StBerG

- Verjährungsbeginn: Zahlung vermeidbarer Steuern
- Betriebsprüfung
- Anmerkung

(LG Heidelberg Ur. v. 21. 9. 1988 – 3 O 65/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die Verjährung von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater gem. § 68 StBerG beginnt mit der Verschlechterung der Vermögenslage und der Möglichkeit der Geltendmachung des Anspruchs.
2. Der Schaden entsteht mit der Steuerzahlung.
3. Es gibt keinen allgemeinen Grundsatz, wonach Verjährungsbeginn von Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater der Zeitpunkt der Außenprüfung oder – falls diese nicht stattfindet – das Ende der Festsetzungsverjährung ist.

Aus den Gründen:

Schadenersatzansprüche des Auftraggebers gegen den Steuerberater aus dem zwischen ihnen bestehenden Vertragsverhältnis verjähren gemäß § 68 StBerG innerhalb von 3 Jahren. Die Verjährung beginnt in dem Zeitpunkt, „in dem der Anspruch entstanden ist“. Für die Entstehung eines Schadenersatzanspruches ist maßgebend, wann ein Schaden eingetreten ist. Das ist auch für Rückgriffsansprüche immer dann der Fall, wenn sich die Vermögenslage des Geschädigten infolge des schädigenden Ereignisses verschlechtert hat und der Berechtigte in der Lage gewesen wäre, seinen Anspruch geltend zu machen. Dabei genügt nach ständiger Rechtsprechung regelmäßig die Möglichkeit, Feststellungsklage zu erheben (vgl. RGZ 153, 101, 107). **Unkenntnis des Schadens und damit des Anspruchs hingegen hindern den Beginn der Verjährungsfrist grundsätzlich nicht** (BGZ a.a.O.; BGH NJW 68, 1381, 1382).

Der Kläger kann der Verjährungseinrede der Beklagten deshalb grundsätzlich nicht mit dem Hinweis begegnen, er habe nicht gewußt, zuviel Steuern gezahlt zu haben. **Entstanden ist sein Schaden vielmehr in dem Augenblick, als er tatsächlich zuviel Steuern zahlte, vielleicht sogar schon dann, als ein (nach der Darstellung des Klägers materiell unrichtiger) Steuerbescheid gegen ihn erging.** Denn schon in diesem Augenblick hatte

sich seine Vermögenslage verschlechtert bzw. sein Vermögen gemindert. Bereits zu diesem Zeitpunkt hätte ein Schadenersatzanspruch gerichtlich geltend gemacht werden können. Wann die Steuerbescheide für die Jahre 1977 bis 1980 ergangen sind, tragen weder der Kläger noch die Beklagten vor. Letztere haben allerdings – und dies ist nicht bestritten – vorgetragen, daß die Steuererklärungen für 1980 im Dezember 1981 eingereicht worden seien. Da vorliegende Klage erst am 25. 2. 1988 eingereicht und am 16. 3. 1988 zugestellt worden ist und Anhaltspunkte für eine Unterbrechung oder Hemmung nicht vorliegen, wäre der Schadenersatzanspruch wegen zuviel bezahlter Steuern nur dann nicht verjährt, wenn und soweit Bescheide nach dem 25. 2. 1985 ergangen wären, also mehr als 3 Jahre nach Einreichung der letzten Steuererklärung. Das erscheint ausgeschlossen.

Der Kläger verweist demgegenüber zu Unrecht auf die Entscheidung BGH BB 1985, 831 = GI 20/85 = WM 1985, 812 = DB 1985, 1230. Er versteht sie so, daß die Verjährung eines Schadenersatzanspruches wegen zuviel gezahlter Steuern aufgrund fehlerhafter Arbeit des früheren steuerlichen Beraters erst mit dem Abschluß der steuerlichen Außenprüfung beginne, da erst dann gesagt werden könne, ob und in welchem Umfang dem Steuerpflichtigen durch von seinem Berater zu vertretende Fehler ein Schaden entstanden sei. Dem vermag sich die Kammer nicht anzuschließen.

Zwar ist es zutreffend, daß der BGH in dieser Entscheidung und in der Entscheidung BGHZ 73, 363 ff darauf hingewiesen hat, daß die Besonderheiten, die mit der üblichen Abwicklung von Steueransprüchen und der Durchführung der Besteuerung überhaupt verbunden seien, für einen etwaigen Rückgriff des Steuerpflichtigen gegen seinen Steuerberater und die Verjährung dieser Ansprüche nicht unberücksichtigt bleiben könnten. Richtig ist auch, daß der Bundesgerichtshof in den genannten Entscheidungen Schadenersatzansprüche wegen erhöhter Steuerbelastungen und wegen zusätzlicher Kosten, die dem Steuerpflichtigen infolge einer Beanstandung durch das Finanzamt erwachsen waren, erst mit Abschluß der Außenprüfung hat entstehen lassen. Dies ist auch richtig, weil erst mit Abschluß der Außenprüfung eine Verschlechterung der Vermögenslage im oben beschriebenen Sinne eingetreten ist. Denn erst aufgrund dieser Außenprüfung wurden höhere Steuern angefordert bzw. waren Aufwendungen, insbesondere eine Überarbeitung der Buchführung, erforderlich, um eine solche höhere Besteuerung zu vermeiden. Vor dieser Außenprüfung lag kein Schaden vor, weil – so jedenfalls der BGH – erst die Außenprüfung rechtlich verbindlich ergebe, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe ein Schaden entstanden sei.

So liegt es hier jedoch nicht. Abgesehen davon, daß vorliegend für den in Rede stehenden Zeitraum von 1977 bis 1980 eine Außenprüfung überhaupt nicht stattgefunden hat und die Außenprüfung des Jahres 1986 einen für diesen Zeitraum entstandenen Schaden somit auch nicht „erst verbindlich festgelegt“ hat, geht es dem Kläger nicht um auf Verschulden des Steuerberaters beruhende Steuermehrforderungen oder um Kosten zur Vermeidung solcher Mehrforderungen, mit denen er belastet ist. Der Kläger hat im Gegenteil nach seiner Darstellung zuviel Steuern bezahlt und Kosten zur Ermittlung des Mehrbetrages aufgewandt. Seine Vermögenslage hat sich dann aber bereits in dem Zeitpunkt verschlechtert, als er diese Steuern „zuviel“ gezahlt hat. Zwar mag eine Außenprüfung für den Zeitraum 1977 bis 1980 weniger Steuern erbracht haben. Dann wäre durch diese Außenprüfung aber keine Verschlechterung der Vermögenssituation, sondern im Gegenteil eine Besserung eingetreten. **Der Schaden wäre nicht erst mit der Außenprüfung entstanden, sondern durch sie erst offenbar und dem Kläger bekannt geworden.** Kenntnis vom Schaden und Entstehen des Schadens stehen jedoch, wie oben ausgeführt, für die Verjährung nicht gleich, ausgenommen § 852 BGB, der hier jedoch nicht einschlägig ist.

Die Kammer vermag den zitierten Entscheidungen einen **allgemeinen Grundsatz dahin, daß für den Verjährungsbeginn von Rückgriffsansprüchen gegen Steuerberater die Außenprüfung oder – für den Fall, daß eine solche, wie in der Regel und in der übergroßen Mehrheit der Fälle nicht stattfindet – das Ende der Festsetzungsverjährung nach der Reichsabgabenordnung maßgebend ist, nicht zu entnehmen.** Wie bereits ausgeführt, beschäftigen sich die zitierten Entscheidungen nur mit Fällen, in denen zum einen eine Außenprüfung tatsächlich vorgenommen worden ist und zum anderen mit Fällen, in denen diese Außenprüfung zu einem für den Steuerpflichtigen nachteiligen Ergebnis geführt hat, sei es, daß Steuern höher festgesetzt wurden, sei es, daß Steuervergünstigungen nicht mehr anerkannt wurden, sei es, daß Aufwendungen angefallen sind, durch die sonst drohende, auf der fehlerhaften Buchführung oder sonstigen Arbeit des steuerlichen Beraters beruhende Steuermehrbelastungen vermieden oder vermindert worden sind.

Eine dogmatisch mit dem Schadenbegriff vereinbare Ausdehnung dieser Rechtsprechung ließe sich allenfalls dann vertreten, wenn es sich um unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gemäß § 164 AO erlassene Steuerbescheide handeln würde oder wenn eine Außenprüfung regelmäßig wenigstens in der Mehrheit der Fälle stattfinden würde. Die Steuerbescheide sind jedoch nach der Erklärung des Klägers nicht mehr unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergangen (Replik Seite 6, AS. 131). Die Außenprüfung ist gerichtsbekannt nicht die Regel.

Im übrigen müßte man dann jedenfalls die Verjährung mit dem Beginn der Festsetzungsverjährung nach der Abgabenordnung beginnen lassen (vgl. BGHZ 73 a.a.O., 368). Das bedeutet für den vorliegenden Fall, daß die Schadenersatzansprüche für die Jahre 1977 und 1978 in jedem Falle verjährt wären. Denn die entsprechenden Steuererklärungen wären abzugeben gewesen mit Ablauf des Mai 1978 bzw. 1979. Sie sind tatsächlich eingereicht worden nach der unbestrittenen Erklärung der Beklagten im Juni 1979 bzw. im März 1980. Mit Ablauf des jeweiligen Jahres begann die Festsetzungsverjährung (§ 170 Abs. 2 Satz 1 AO), die 4 Jahre später endete (§ 169 Abs. 2 Ziff. 2 AO), mithin mit Ablauf der Jahre 1983 bzw. 1984 endete. Schadenersatzansprüche begannen folglich Anfang 1984 bzw. 1985 zu laufen und endeten mit Ablauf der Jahre 1986 bzw. 1987. Noch nicht verjährt wären demnach allenfalls die auf das Jahr 1979 und 1980 zuviel gezahlten Steuern, d. h. 1.081,- bzw. 170,- DM und die Kosten der Nachprüfung für diese beiden Jahre.

Anmerkung:

Wir weisen darauf hin, daß der BGH mit Ur. v. 27.11.1985 – IV a ZR 97/84 (GI 1986, 27 = WM 1986, 261 = DStR 1986, 200) seine Rechtsprechung dahingehend geändert hat, daß im Falle einer Betriebsprüfung erst mit deren Abschluß feststehe, ob es bei einer vermeidbaren Steuerbelastung bleibe. Verjährungsbeginn sei in diesen Fällen deshalb der Zeitpunkt der Betriebsprüfung bzw. der Abschluß. Der BGH wich damit von seinem Ur. v. 14.7.1982, 1053 ab. Diese Rechtsprechung wird abgelehnt von OLG Celle GI 1988, 143 und Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. 1988, 895 ff.

Haftung des Steuerberaters

– Geldbuße des Mandanten

– Anmerkung

(AG Euskirchen Ur. v. 20.8.1987 – 4 C 227/87)

Leitsatz (d. Verf.):

Die dem Mandanten auferlegte Geldbuße wegen Verletzung der Steuererklärungspflicht kann nicht als Schadenersatzanspruch auf den Steuerberater „abgewälzt“ werden. Der Mandant erhält die Geldbuße wegen des persönlichen Schuldvorwurfes.

Aus den Gründen:

Wie sich aus dem Bescheid vom 22.1.1986 ergibt, ist die Geldbuße verhängt worden, weil der Kläger unter Verletzung seiner Sorgfaltspflicht als Betriebsinhaber und selbständiger Kaufmann seine Betriebseinnahmen nicht vollständig erklärt hat. Die Sorgfaltspflichtverletzung sei insbesondere darin zu sehen, daß der Kläger nicht zeitnah seine sämtlichen Grund-, Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten erfüllt und selbst einen groben Vergleich seiner Betriebseinnahmen nicht durchgeführt habe.

Daraus folgt, daß dem Kläger der Vorwurf gemacht worden ist, ihm persönlich obliegende Pflichten verletzt zu haben. Dieser persönliche Schuldvorwurf ist ein Umstand, für den der Kläger allein einstehen muß und für den der Beklagte nicht verantwortlich gemacht werden kann. Der Kläger kann deshalb das Bußgeld nicht auf den Beklagten abwälzen (vgl. LG München DStR 78, 51 und OLG Koblenz DStR 81, 237). Ein Ausnahmefall, wie er zum Beispiel vorliegen könnte, wenn ein Steuerberater seinen Mandanten von einer strafbefreienden Selbstanzeige abgehalten hat (RG 179, 267; siehe auch BGH 23, 222), ist hier nicht gegeben.

Unter diesen Umständen kann es dahingestellt bleiben, ob ein Fehlverhalten des Beklagten vorliegt, weil er den Kläger nicht aufgefordert habe, die notwendigen Unterlagen und Belege beizubringen. Dies könnte allenfalls von Bedeutung sein für die Frage, ob der Kläger auch einen Schaden dadurch erlitten hat, daß die Steuererklärungen unzureichend waren und daher Zuschätzungen durch das Finanzamt erfolgten. Denn ein solcher Schaden wird von dem Kläger nicht geltend gemacht.

Anmerkung:

Der Mandant kann vom Steuerberater Schadenersatz in Höhe der gegen ihn verhängten Geldstrafe oder des entsprechenden Bußgeldes nur dann verlangen, wenn dieser ihn von der Erstattung einer Selbstanzeige abgehalten oder pflichtwidrig und schuldhaft keine ordnungsgemäße Selbstanzeige erstattet hat. Bei pflichtgemäßem Rat oder ordnungsgemäßer Selbstanzeige wäre die Bestrafung abzuwenden gewesen. Das gleiche gilt für den Ersatz der anfallenden Hinterziehungszinsen (vgl. Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung 2. Aufl. 1988, Tz. 580 m.w.N.). Das AG Düsseldorf entspricht herrschender Auffassung: vgl. BGH NJW 1957, 586, OLG Düsseldorf GI 1987, 125, rechtskräftig nach Nichtannahme der Revision IV a ZR 42/87).

GI Hinweis

Der Verlag C.F. Müller legt eine Neuerscheinung von Günter Pabst, „Rechtliche Risiken bei Konzeption und Vertrieb von Kapitalanlagen“ vor (1988, 92 S., 68,- DM).

Pabst stellt anhand der Strafnorm des Kapitalanlagenbetruges – § 264 a StBG – die diversen Risikobereiche bei der Konzeption und beim Vertrieb von Kapitalanlagen dar. Das Buch zeichnet sich dadurch aus, daß die möglichen Täuschungshandlungen kenntnisreich systematisiert wurden. Man stellt fest, daß sich strafrechtliche Täuschungshandlungen und zivilrechtliche Pflichtwidrigkeiten überschneiden.

Darüber hinaus erläutert Pabst das nach Einführung von § 13 a UWG dem Kapitalanleger eröffnete Rücktrittsrecht von der Kapitalanlage.

In einem Anhang sind die Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Prospektprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer und die Stellungnahme des Wohnungswirtschaftlichen Fachausschusses 1/1987 sowie der Prospektinhaltskatalog des Kapitalanlage-Informationszentrums Oberursel abgedruckt.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1, 1989)

Abfindungsvergleich		= keine Belehrungspflicht	
– Anwaltskosten	89, 2	Kenntnis d. Fehlers	89, 5
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA		Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	89, 5
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89, 12	– Verjährungsbeginn	
Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO		= Ablauf d. Festsetzungsverjährung	89, 14
– Buchhaltungsunterlagen	89, 2	= Betriebsprüfung	
Bilanzerstellung		allgemein	89, 14
– Grundstücksbewertung, Information d. Mandanten	89, 2	= Kapitalanlage	89, 5
Dritthaftung		= Zahlung d. Steuer	89, 14
– Anwaltsvertrag	89, 3	Versicherungsschutz	
– Sachwalterhaftung	89, 3	– Bindungswirkung d. Haftpflichturteils	89, 2
Prospekthaftung		BGH v. 11.7.1988 – II ZR 232/87	89, 3
– Verjährungsbeginn	89, 2	= BB 1988, 1992	
Sachwalterhaftung	89, 3	OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88	89, 5
Schaden		LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86	89, 2
– Anwaltskosten b. Abfindungsvergleich	89, 2	LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87	89, 2
– Geldbuße/-strafe	89, 17	LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88	89, 14
Steuerberatungsgesetz		LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88	89, 2
– § 57		LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87	89, 2
= Wirtschaftsberatung,		= OLG Hamm VersR 1987, 802	
Anlagenempfehlung	89, 6	= BGH VersR 1963, 421	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)		= a.A. LG Hamburg GI 1986, 39	
– Belehrungspflicht über eigene Fehler		LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84	89, 2
und Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87	89, 17

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.